

Octubre Azul - RevolutionärInnen in Zeiten des www.com

Octubre Azul ist die Antwort einer Gruppe von KünstlerInnen auf das traditionelle Zelebrieren von historischen Ereignissen, in diesem Fall der Oktoberrevolution von 1944. Während eines Monats fanden in Guatemala Stadt auf öffentlichem Grund die verschiedensten Aktionen, Performances, Filme und Konzerte statt. Insgesamt haben sich mehr als vierhundert KünstlerInnen an den rund hundert Veranstaltungen des *Octubre Azul* beteiligt. Die OrganisatorInnen kommen aus den Kreisen rund um die Kulturzentren *Cúpula* und *Bodeguita*. Wir veröffentlichen Ausschnitte aus einem Text von Mitorganisatorin Rosina Cazali, in dem sie die Idee und das Konzept von *Octubre Azul* beschreibt. Auch möchten wir eine Auswahl aus dem reichhaltigen Programm vorstellen.

Das Konzept

Welche Bedeutung hat der Begriff "Revolution" in der heutigen Zeit? Im besten Fall sprechen wir von der Revolution der Computertechnik, der schwindelerregenden Produktion von Software und ihrer Anwendung. Zeit bleibt Geld - die Geschwindigkeit der Internetkommunikation beweist es. Es scheint, dass es alle eilig haben, sich die Welt und die Menschen darauf untertan zu machen.

Doch seien wir ehrlich: In Guatemala stehen wir vor diesem Spektakel wie die Kinder vor dem Weihnachtsbaum. Nur dürftig ist die Dritte Welt mit diesem fremden Fortschritt vernetzt. Auf BenutzerInnen reduziert, eingeschlossen in gläserne Zellen und Bildschirme, in unseren Mikrowelten auf unsere individuellen Probleme beschränkt, stehen wir einem der schwierigsten Momente unserer Existenz gegenüber. Dieser Moment heisst Nachkriegszeit und lauert uns hinter jeder Ecke auf. Allein seine Erwähnung beschwört das Gefühl herauf, an einem Entscheidungspunkt zu stehen, von dem die Gestaltung des Morgen abhängt und wir fragen uns, wie wir mit dieser von Trauer umhüllten Vergangenheit in Zukunft zusammenleben können.

Wir stehen vor einer Tür, die "Nachkriegszeit" heisst und wir müssen uns endgültig entscheiden, ob wir eintreten wollen oder lieber draussen bleiben. Aber etwas hindert uns daran, uns zu entscheiden. Beim Versuch, dieses 'etwas' zu verstehen, erkennen wir, dass die Gegenwart nicht so ist, wie wir uns früher die Zukunft vorgestellt haben, und auch die Erinnerung an das Vergangene ist nicht unbedingt bei allen identisch. In der herrschenden Stimmung der Vergänglichkeit der Kämpfe und Ideale stellt sich die Frage: Was bedeutet es, die Oktoberrevolution von 1944 zu würdigen und davon zu träumen, dass ihre Werte den heutigen Geschehnissen widerstehen können?

Was versprechen wir uns davon, ein Festival zu organisieren, das *Octubre Azul* heisst? Denn, in einer Gesellschaft, die sich von neoliberalen Zauber und Konsumzwang vereinnahmen lässt, hat die Idee einer sozialen Revolution keinen Platz. Die Ideologien und Utopien haben sich selber zerstört, und es fragt sich, was es für einen Sinn macht, gloriose Daten zu feiern.

Und trotzdem machen wir es. Wir versuchen, wieder eine

Verbindung herzustellen zwischen dem Monat Oktober und der Phantasie der GuatemaltekinInnen. Wir berufen uns auf die Geschichte eines Monats, der ein Aufschnauften bedeutete, und schreiben eine Ballade an die Geschichte unseres Landes, an die Oktoberrevolution von 1944 und an die demokratischen Utopien, die nach wie vor in unseren Erinnerungen verborgen sind. Wir berufen uns auf die Poesie dieser Jahreszeit, wenn der Himmel ein intensives Blau annimmt und die Farbe zur Metapher für unsere Wahrnehmungen und Sehnsüchte wird.

Wer weiss, ob es nächstes Jahr wieder ein solches Festival gibt. In unserem Land hängt die Zukunft permanent an einem Faden, die Kontinuität von Projekten ist unsicher und ich frage mich oft, weshalb ich soviel Energie hineinstecke. Als ich die Einladung annahm, in der Organisationsgruppe mitzumachen, war ich mir nicht bewusst, dass es eine Herausforderung mit so komplexen Dimensionen sein würde. Es bedeutete, mir unter anderem die Frage zu stellen, was die Oktoberrevolution für die jüngere Generation bedeutet. Ich erinnere mich, dass mir ein Jugendlicher auf die Frage, was er von der Idee halte, der Oktoberrevolution zu gedenken, antwortete, er wisse nicht, worum es gehe. Er sei damals noch nicht auf der Welt gewesen, entsprechend interessiere es ihn auch nicht.

Eigentlich hat mich diese Antwort nicht erstaunt. Sie ist sogar logisch, da wir in einem Kontext leben, in dem es für die seelische Gesundheit besser ist, zu vergessen was war. Die Vergangenheit versteinert langsam, und im besten Fall verliert man sich in sehnsüchtigen Träumereien, ohne dass jemand eine Zukunftsvision formuliert, geschweige denn, die Vergangenheit in Frage stellt.

Man kann durchaus sagen, dass es bei *Octubre Azul* um die Befriedigung unserer eigenen Sehnsüchte geht. Meinerseits würde ich aber sagen, die Motivation für diese Bewegung hat ihre Essenz in den Ideen von Denkern wie Tzvetan Todorov, für den die Bewahrung der Vergangenheit notwendig ist für die Befreiung des Individuums und nicht zu dessen Unterdrückung. Deshalb geht es nicht nur darum, Skulpturen und Statuen zu erbauen. Sondern es geht darum, unter allen Umständen zu begreifen, dass es etwas gibt, das dem fieberhaften Wucher vergangener und gegenwärtiger Regierungen widersteht.

Octubre Azul ist eine Aktion, die mehr Fragen aufwirft als dass sie kurzfristig Antworten gibt. Ihre Dynamik geht Hand in Hand mit der Frage "Wohin gehen wir?" und lebt vom Enthusiasmus, die verschiedenen Kunstformen auszuprobieren. Nach dem ungezügelter Enthusiasmus kommt dann sicher auch der Moment der Auswertung von Erfolg und Misserfolg, von Erreichtem und Unerreichtem.

Doch wir glauben, dass *Octubre Azul* zu einem guten Zeitpunkt stattfindet und in einem kulturellen Umfeld, das bisher nur an Militärparaden gewöhnt ist, um historischer Daten zu gedenken. Möglicherweise wird der hauptsächlich von jungen Stimmen angegebene Grundton verwechselt mit Unverfrorenheit gegenüber den historischen Daten Guatemalas. Doch uns geht es eindeutig um mehr: Wir haben genug von einem Lebenssystem, das auf Lüge und Vergessen aufbaut.

Das Programm

Woche 1:

Am Sonntag, 1. Oktober, wurde das Kunstfestival mit einem Kinderumzug zum Thema "Meine farbige Stadt" und der Performance "Blaue Urbanität" von Pablo Bromo eröffnet. Am Montag folgte eine Messe in der Kathedrale, um den nationalen Tag der Lesben und Schwulen zu feiern mit anschließendem Fackelzug durchs Stadtzentrum. Am Dienstag zeigte der *KinoClub* "Stranger than Paradise" von Jim Jarmusch und am Mittwoch startete Tommy García seine Performance "Das Klo". Als Metapher für die Endlichkeit aller Dinge und die allgemeine Haltung gegenüber der Nation und der Umwelt setzte er sich an strategisch wichtigen Plätzen auf seine Kloschüssel, die er quer durch die Stadt trug. Am selben Tag fand das erste Forum über zeitgenössische Kunst im Museum für moderne Kunst statt. Auf zwei Podien wurde zu den Themen "Wo stehen wir?" und "Wie kann Identität durch Kunst geschaffen werden?" diskutiert. Das dritte Podium am Freitag sprach über die Themen "Wie entsteht zeitgenössisches Denken?", "Wo lernen wir?" und "Wo finden wir Diskussionsforen?". Auf dem Museumsplatz nähte sich derweil Jorge de León als Aktion gegen das chronische Schweigen den Mund zu. Am Samstag luden das Nationalmuseum zu modernen Tanzvorführungen und das Lesben/Schwulen-Kollektiv im Zentralpark zum Strassentheater "Träume müssen keine Grenzen haben", während dreissig PoetInnen als Intervention im öffentlichen Raum an verschiedenen Orten der Stadt Gedichte rezitierten. Am Sonntag wurden zehn neue Graffitis gemalt und

der Künstler Benvenuto Chavajay ging als Aktion zu Fuss von seiner Wohnung in den Slums der Zone 21 quer durch die Stadt zur Zone 18. Somit wollte er nicht nur auf die geographische Dimension aufmerksam, sondern das Zusammenreffen aller Extreme in Guatemala Stadt erlebbar machen.

Woche 2:

Am Dienstag, 10. Oktober, folgte die Vernissage von Moises Barrios. Unter dem Titel "Blaue Himmel/Der lange Marsch" stellte er in verschiedenen Vitrinen entlang der *6ta Avenida* Aquarelle aus, um anhand der Himmel von Guatemala die Nostalgie der BetrachterInnen zu wecken. Am Donnerstag luden *Fundarte* zum "Ritual des Mondes", einem Musik- und Poesiespektakel und am Freitag *Bohemia* zu einem fahrenden Konzert unter dem Titel "Schwinde nicht, mein Herz". In der ehemaligen Zentralpost fand währenddessen die Vernissage der multimedialen Installationen von *Tripiarte* statt, unter dem Motto: "Erstens öffnet sich der Weg in Richtung Trip mit der Kunst, und zweitens ist der künstlerische Weg insgesamt ein Trip". Fast dreissig KünstlerInnen stellten auf vier Etagen Installationen mit Videos, Poesie und Musik aus. Am Samstag standen wieder Performances und moderner Tanz auf öffentlichen Plätzen auf dem Programm. Im Kulturzentrum *Miguel Angel Asturias* spielte zum *Tag der Rasse* "La Tona y Sol Latino". In einem Glaskasten mit zweitausend Fliegen sass am Sonntag María Adela Díaz beim Zentralmarkt als Monument der Einsamkeit, während im Park eine zeitgenössische Tanztruppe aufspielte. Vor dem *Portal del Comercio* hielt die Gruppe *Die von weiter hinten* den Monolog "Communiqué gegen mich selbst".

Woche 3:

Am Dienstag, 17. Oktober, startete Alejandro Paz seine Konfrontation mit dem Titel "Hier gab es kein Genozid" und dokumentierte die Reaktionen der BetrachterInnen. Am Mittwoch pedalte Don Freak Pérez einen ganzen Tag auf seinem Hometrainer auf der Brücke *El Trébol* verloren in Rauch, Lärm und Gewalt des Verkehrs und stellte die wichtigste Sorge des postmodernen Menschen, "Wie erreichen wir den Traum, gesund zu bleiben", an den Pranger. Am Donnerstag luden die Lesben und Schwulen zum "Revolutionären Erwachen" und eröffneten ein Infotelefon als Aktion für die Gleichberechtigung für Lesben und Schwule in Guatemala. Am Abend zeigte das Multimediatheater "Burning/flesh/macabra/orquesta" von Alejandro Marré, ein Stück zu Gewalt und Verschmelzung in Beziehungen, und

auf einer anderen Bühne spielte die Gruppe *Schwarzes Schaf* "Vor geschlossenen Türen" von Jean Paul Sartre. Am Freitag baute *Die Klinik* eine soziale Plastik im Zentralpark. Während 45 Minuten verharnten hundert bekannte Persönlichkeiten und KünstlerInnen in einer starren Position für mehr Toleranz und Respekt. Vor dem Obersten Gerichtshof zeigte Sandra Monterroso die Videoinstallation "Die eingefangenen Gesichter" und klagte damit unerbittlich die Mittäterschaft des Gerichtes an. Am Samstag wurden an verschiedenen Orten Performances, Theater und Tanz aufgeführt. Am Sonntag las Roberto Franco Arias als "Urbaner Engel" im Stadtpark. Unter dem Titel "Zu gehen ohne Zukunft bedeutet, mein Hirn ist ausstrahlt wie mein Leben..." trugen vier Personen in Trachten schwere Lasten auf den vier Hauptverkehrsadern von der Peripherie ins Zentrum. Auf der *Plaza Vivar* rappte live die Gruppe *Iqui Balam*.

Woche 4:

Am Montag startete das Kulturzentrum *Miguel Angel Asturias* unter dem Motto "Das Fenster" ihr neues Konzept, nämlich, vermehrt alternative Kunstformen zu fördern. Ein Woche lang öffnete das Zentrum für unzählige Lesungen, Klangperformances, Installationen und Happenings für eine Ausstellung und verschiedene Theateraufführungen die Tore. Das Historische Museum eröffnete die Ausstellung "Der Nullpunkt". Thelma Alvarez, Javier Payeras und Igor Kubrik erforschten anhand der Geschichte die kulturelle Beeinflussung des Westens und fragten aus Sicht der Mayas, ob der jetzige Nullpunkt Ausgang sein könnte für eine Rückkehr oder für die Entwicklung einer selbstbestimmten Zukunft. Am Donnerstag inszenierten sich drei Frauen als Projektionsfläche in einem Durchgang. Im Nationalmuseum wurde eine Comicausstellung eröffnet und in der *Cúpula* eine Ausstellung experimenteller Werke gezeigt. Am Freitag lasen SchriftstellerInnen vor dem Bürgermeisteramt "300 blaue Minuten" und vor der *Alliance Francaise* wurde urbane Poesie vorgetragen. Am Samstag zeigte die Gruppe *Terrícola de Xela* ein Strassentheater im Park, die Gruppe *GC8* experimentellen Tanz in einer Vitrine an der *6ta Avenida*. Gegenüber der Nationalpolizei spielte das Strassentheater *Rayuela* ihr Stück "Die Razzia" und wies darauf hin, dass alle BewohnerInnen der Hauptstadt unter ständiger Verfolgung leben, dass Verfolgung Teil des Alltags geworden sei. In der *Cúpula* wurde die Fotoausstellung "Der Weg ist, wo ich gehe" von Atiliano Pérez eröffnet. Der 17-jährige Künstler dokumentiert das

städtische und das ländliche Guatemala, die Abfallhalde der Zone 3, die marginalen Slums, aber auch den Altiplano und versucht somit, die komplexe Identität, die Guatemala hervorbringt, zusammenzubringen. Am Sonntag sass dann live auf der Abfallhalde in der Zone 3 Regina José Galindo, eingepackt in einen riesengrossen Müllsack. Als vergessenes Paket erzählte sie in ihrer Performance "Wir verlieren nichts mit der Geburt" von der Angst, die stets in der Kehle sitzt, vom Vergessen werden und von der Zerrissenheit einer Gesellschaft, die Menschen zwingt, vom Müll der Ab-

fallhalde zu leben. Im Park konnten sich alle TeilnehmerInnen und InteressentInnen des *Octubre Azul* fotografieren lassen und im Hof der Kirche *Beatas de Belén* wurde das Tanzstück "Den Kopf frei machen" aufgeführt.

Woche 5:

Am Dienstag zeigt der *KinoClub* den Film "Erinnerungen an die Unterentwicklung" von Tomás Gutiérrez Alea und an einer klandestinen Party wurde der *Octubre Azul* vorerst verabschiedet.

Nach all diesen Veranstaltungen

und Aktionen bleibt vorerst offen, was sich aus dem *Octubre Azul* weiterentwickelt. In einem Land, wo alles einfach irgendwie geschieht und alles unsicher ist, kann die Zukunft nie vorausgesehen werden, sagen die OrganisatorInnen. Aber dieser Anfang hat gezeigt, dass es möglich ist, Fragmente dieser Stadt und verschiedene Bewegungen der BewohnerInnen zusammenzubringen. Der *Octubre Azul* hat sich als vernünftiger ebenso wie irrer Raum geöffnet, um aufzuzeigen und wahrzunehmen, wieviel sich aus sich selbst heraus entwickeln lässt.

Verteidigungsminister will Militärpolizei reaktivieren

Guatemala, 10. November. Schon heute müsse das Militär der zivilen Nationalpolizei unter die Arme greifen, um die Sicherheit im Land zu garantieren. Deshalb ziehe er die erneute Gründung einer Militärpolizei in Betracht, erklärte der Verteidigungsminister Juan de Dios Estrada gegenüber den Kongressabgeordneten der *Allianz Neue Nation* (ANN). Diese Partei hatte ihn zu einer Fragestunde eingeladen, um über das Militärbudget zu diskutieren.

Dios Estrada begründete seine Idee damit, dass jede Armee der Welt über eine eigene Polizei verfüge. Die gesetzliche Grundlage dafür liegt auch in Guatemala vor. Seit Anfang März sei nämlich das Militär durch einen Kongressbeschluss offiziell befugt und beauftragt, die Polizei zu unterstützen. Nun ginge

es nur noch darum, den damit beauftragten Soldaten die entsprechende polizeiliche Ausbildung zukommen zu lassen, erklärte er.

Die Friedensabkommen verlangten die Auflösung der früheren Militärpolizei (PMA). Dies sei auch geschehen, erklärte der Militärführer, was er vorhabe, sei etwas anderes.

Der ehemalige General Otto Pérez Molina kritisierte die Idee. Es stimme, dass jede Armee ihre Polizei habe, aber nur für temporäre Einsätze. Viel wichtiger schätzt er jedoch die Bildung und Stärkung ziviler Sicherheitskräfte ein.

Die ANN-Abgeordnete Nineth Montenegro meinte, sie könne sich nun auch erklären, weshalb der Verteidigungsminister die Erhöhung des Militärbudgets um 22 Millionen Quetzales

(ca. 3 Millionen US-\$) beantragt hatte. Sie befürchtete jedoch, dass mit der Schaffung dieser neuen Abteilung innerhalb der Armee die 'alten Zeiten' wieder heraufbeschworen werden.

Diese Meinung wurde auch von der Myrna Mack-Stiftung und dem Menschenrechtsbüro des Erzbischofs (ODHA) geteilt.

Und auch wenn Dios Estrada im selben Atemzug verkündete, er wolle den *Präsidentialen Generalstab* (EMP) auflösen, da er eine finanzielle Last für das strapazierte Militärbudget sei, löst diese Ankündigung wohl eher Misstrauen als Begeisterung aus. Zu sehr sieht es nach Kompromiss aus, will er doch, was er mit der Abschaffung des EMP einspart, in die Schaffung der neuen Militärpolizei investieren.

¡Fijáte!

Herausgeber:
Verein ¡Fijáte!
2502 Biel
PC: 30-516068-6
Redaktion und Abos:
¡Fijáte!
c/o Barbara Müller
Ankerstrasse 16
8004 Zürich
Tel. 01/ 241 44 43
E-Mail:
barbara-m@bluewin.ch
Jahresabo: 100.- Fr.
Auslandabo: 120.- Fr.
Förderabo: ab 200.- Fr.

Erscheinungsweise vierzehntäglich.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

Attentat gegen Sohn von Pérez Molina

Guatemala, 14. November. Als einen gegen ihn persönlich gerichteten Einschüchterungsversuch beurteilte der ehemalige General und Ex-Chef des *Präsidentialen Generalstabs* (EMP), Otto Pérez Molina, das Attentat gegen seinen Sohn, Leutnant Otto Pérez Leal und dessen Familie.

Pérez Molina gehört zu jenen Generälen der *Promoción 74*, die nach der Amtseinstellung Portillos und der Ernennung des (bereits wieder abgesetzten) Estrada Velasquez zum Verteidigungsminister in den Ruhestand versetzt wurden. In seiner wöchentlichen Kolumne *Ac Txumatal* in der Tageszeitung *Prensa Libre* kritisiert Pérez Molina regelmässig Präsident Portillo, Kongresspräsident Ríos Montt, aber auch die Militärführung.

Nach dem Anschlag auf seinen Sohn gab Pérez Molina bekannt, er habe durch einen Freund die Warnung Portillos bekommen, man wisse, dass er aktiv

das politische Klima destabilisiere. Er solle aufpassen, man sei auch über die Gewohnheiten seiner Familie informiert, wurde er gewarnt.

Laut Innenminister Byron Barrientos will Pérez Molina aus dem Attentat auf seinen Sohn und dessen Familie politisches Kapital schlagen. Bevor die Untersuchungen abgeschlossen seien, wolle er, Barrientos, sich nicht über eine mögliche Urheberschaft des Anschlages äussern.

Klar ist, dass in der Armee interne Machtkämpfe am laufen sind. Fernando Solís vom *Zentralamerikanischen Institut für Politische Studien* (INCEP) ordnete das Attentat auf den Sohn Pérez Molinas denn auch klar in diesem Zusammenhang ein. Pérez Molina gehört zu einer Gruppe innerhalb der *Promoción 74*, die zwar nicht der in diverse Korruptionsaffären involvierten *Cofradía* angehört, aber ihrerseits eine Professionalisierung der Armee fordert.

Nächste Runde im 'Guate-Gate'

Guatemala, 15. November. Mit dem Einreichen eines neuen Vorschlags zur Abgabe von Alkoholsteuern ignoriert die *Republikanische Front Guatemala* (FRG) einerseits den andauernden Protest der Menschenrechtsorganisationen auf der Strasse wie auch die gegen 21 Mitglieder der Partei eingereichte Anzeige wegen Fälschung dieses Gesetzes.

Seit zwei Monaten demonstrieren Mitglieder der *BürgerInnenbewegung für Gerechtigkeit und Demokratie* jeden Dienstag vor dem Kongress oder dem *Obersten Gerichtshof* (CSJ) gegen Kongresspräsident Ríos Montt und andere Abgeordnete seiner Partei. Sie werden beschuldigt, nach der Verabschiedung eines Gesetzes über Alkoholsteuern durch den Kongress, das Gesetz abgeändert und gegen unten veränderte

Zahlen veröffentlicht zu haben.

In ihrem 7. *Manifest* forderten die Menschenrechtsorganisationen, dass die 22 Abgeordneten von ihren Posten dispensiert werden, bis der Fall geklärt ist. Es sei ethisch nicht verantwortbar, dass Leute, die eine Klage hängig hätten, über national wichtige Fragen wie das neue Wahlgesetz oder das Kinderschutzgesetz entscheiden könnten, hiess es.

Die Geschichte ist auf dem besten Weg, zu einem komplizierten Gerichtsfall zu werden, der sich wohl früher oder später in die "Liste der nicht aufgeklärten Fälle einreihen wird. Aufgrund verschiedener eingereichter Rekurse und wegen der baldigen Weihnachtsferien wird der Fall erst nächstes Jahr vor Gericht kommen.

Anstatt sich bei diesem Thema diskret im Hintergrund zu halten, präsentierte die FRG dem Kongress einen neuen, (unterdessen den Vierten), Vorschlag über die Höhe der Steuerabgaben für alkoholische Getränke. Der Grund dafür ist laut Flora de Ramos, die den Vorschlag einreichte, der diesjährige Steuerverlust in diesem Bereich von rund 50 Millionen Quetzales (6,5 Millionen US-\$).

Dieser Vorschlag ist ein Mittelweg zwischen dem ursprünglich vom Kongress verabschiedeten und dann vom Kongresspräsident veröffentlichten Gesetz. Für die Opposition ist es der klare Beweis dafür, dass eine Fälschung vorlag. Ríos Montt selber gab zu, dass die vor zwei Monaten veröffentlichten Daten 'falsch' waren, bestritt aber, dass sie vorsätzlich verändert wurden.

Soziale Sicherheit nicht gewährleistet

Guatemala, 18. Oktober. Eine nationale Umfrage über die finanzielle Situation guatemaltekischer Familien hat ergeben, dass im Jahr 1999 die Zahl der erwerbstätigen Bevölkerung um 830'000 ArbeiterInnen zugenommen hat im Vergleich zum Vorjahr.

Dieselbe Untersuchung hat jedoch gezeigt, dass nur 21% sämtlicher Angestellten beim Institut für Sozialversicherung (IGSS) gemeldet sind und entsprechend Sozialleistungen beziehen können. Laut guatemaltekischer Verfassung haben aber alle ArbeiterInnen Anspruch auf eine Sozialversicherung. Die am wenigsten versicherten Berufsgruppen sind die LandarbeiterInnen und die Bauarbeiter, die gleichzeitig die am schlechtesten bezahlten Berufe sind. Nur 12% der LandarbeiterInnen sind bei IGSS gemeldet, Tendenz abnehmend.

Gestiegen hingegen ist die Anzahl

versicherter ArbeiterInnen im Industriesektor.

Gemäss guatemaltekischer Verfassung sind die ArbeitgeberInnen verpflichtet, ihre Angestellten beim IGSS zu melden und für sie einen Beitrag zu bezahlen. Viele Unternehmen basieren ihre Wettbewerbsfähigkeit nicht nur auf den tiefen Löhnen, sondern eben auch darauf, dass sie ihre Angestellten nicht versichern. In der Landwirtschaft, in der Industrie und im Handel sind die Löhne seit 1983 kontinuierlich gesunken. Für Fachleute aus dem wirtschaftspolitischen Bereich ist das eine klare Auswirkung der Freihandelsabkommen. Die Nachfrage nach guatemaltekischen Produkten ist im Land selber gesunken, da vieles billiger aus dem Ausland importiert werden kann. Diese Entwicklung zog auch ein Anwachsen des informellen Arbeitssektors nach sich.

Mit ein Grund, aber sicher nicht eine Entschuldigung dafür, dass die ArbeitgeberInnen keine Sozialleistungen bezahlen, ist die Tatsache, dass das IGSS immer wieder in Finanz- und Korruptionsskandale verwickelt ist. Zum einen herrscht Unklarheit darüber, wieviel Geld das IGSS bei welchen Banken deponiert hat, aber es kursieren auch immer wieder Gerüchte, dass das Geld für alles andere als für soziale Sicherheit ausgegeben wird. Denn obwohl die Sozialversicherung trotz schlechter Zahlungsmoral der ArbeitgeberInnen über Milliardenbeträge verfügt, ist das Gesundheitswesen des Landes in einem höchst prekären Zustand. Veronica Spross, Mitarbeiterin des Instituts für nationale Wirtschaftsforschung (CIEN) befürchtet, dass das IGSS eine wirtschaftspolitische Macht erhält, die es als Sozialversicherung nicht haben sollte.

Zunehmende Repression gegen Campesinoführer

Guatemala, 10. November. Unter dem Titel 'Die Repression als traditionelles Mittel zur Schwächung der Campesino-Kämpfe' veröffentlichte die *Nationale Koordination der BäuerInnenorganisationen* (CNOG) eine Presseerklärung.

"Obwohl seitens der Regierung und der BäuerInnenorganisationen der Versuch gemacht wird, sich an einen gemeinsamen Verhandlungstisch zu setzen, nehmen die Morddrohungen und Ermordungen von Exponenten der Bewegung zu", hiess es im Communiqué der CNOG. "Der Innenminister hat auf

unsere Anzeigen mit totaler Gleichgültigkeit reagiert. Wir machen die Regierung und den konservativen Agro-Sektor verantwortlich für diese neue Repressionswelle gegen die Campesinobewegung und fordern die sofortige Aufklärung der Verbrechen gegen unsere Compañeros", hiess es weiter.

Grund für diesen scharfen Ton ist die Ermordung zweier Vertreter des *Keqchí-Rates*, einer Mitgliedorganisation der CNOG. Mateo Caal und Andrés Cucul wurden am 5. November in Sayaxché, Petén, während der Feldarbeit erschossen. Die beiden erhielten schon

vorher mehrere Todesdrohungen und erstatteten Anzeige gegen den Grossgrundbesitzer Jorge Mario Orozco Leal.

Wenige Tage zuvor wurde in der Hauptstadt Miguel Angel Lemus Galicia, Mitglied der *Gewerkschaftsfront der ArbeiterInnen und BäuerInnen* (FESOC) erschossen. Lemus Galicia engagierte sich vor allem bei offiziellen Verhandlungen über die Landfrage und Arbeitskonflikte.

Insgesamt wurden seit der Grossdemonstration der BäuerInnenorganisationen vom 10. Oktober 2000 fünf BäuerInnenführer ermordet.

Internationaler Währungsfonds stellt Bedingungen

Guatemala, 7. November. Aufgrund einer Untersuchung der öffentlichen und privaten Finanzen, die vom *Internationalen Währungsfonds* (IWF) und der *Weltbank* durchgeführt wurde, hat der IWF beschlossen, jede weitere Unterstützung an Guatemala zu konditionieren. Dies gab der Präsident der guatemalteckischen Nationalbank (BAN-GUAT), Lizardo Sosa, bekannt. Die beiden internationalen Finanzinstitutionen fordern u.a. die Erhöhung der Steuereinnahmen, eine bessere Kontrolle der Banken und eine Modernisierung des Finanzsystems.

Sosa erklärte, dass die zuständigen Autoritäten daran arbeiteten, ein gesun-

des, diszipliniertes und ausgeglichenes Steuersystem zu erarbeiten. Sie würden auf jeden Fall die Empfehlungen des Währungsfonds berücksichtigen. Deshalb hoffe er auch sehr, dass der IWF im ersten Trimester 2001 seine Meinung wieder ändere, fügte er an.

Nicht ganz so zuversichtlich ist der Finanzminister Manuel Maza. Er fürchtet um das internationale Ansehen Guatemalas.

María Castro, Mitarbeiterin des *Instituts für soziale Forschung* (ASIES) erklärte, man dürfe die Bedingungen des Währungsfonds nicht als Einmischung in innerstaatliche Angelegenheiten verstehen, sondern als "Forderung nach ei-

ner guten Wirtschaftspolitik".

Der Präsident des *UnternehmerInnenverbandes* (CACIF), Luis Fernando Montenegro, machte die Regierung verantwortlich für den Beschluss des IWF. Laut Montenegro hätten sich die verschiedenen Sektoren bei den Verhandlungen über ein Finanzabkommen auf eine Steuerpolitik geeinigt, die den Forderungen des IWF genüge geleistet hätte. Es sei die Regierung gewesen, die die Verhandlungen zum Scheitern gebracht hätte.

Die *Allgemeine ArbeiterInnenzentrale Guatemalas* (CGTG) verurteilte die 'Vorschläge' des IWF und der Weltbank als ausländischen Interventionismus.

USA stellt Bedingungen

Guatemala, 16. November. Ein mögliches Treffen zwischen dem abtretenden US-Präsidenten Bill Clinton und dem guatemalteckischen Präsident Portillo ist an die Erfüllung von 17 Bedingungen gebunden. So steht es in einem Dokument, das der Tageszeitung *Prensa Libre* zugespielt wurde. Das Dokument ist zwar nicht datiert, seine Erstellung wird jedoch auf März dieses Jahres geschätzt.

Während noch im Mai die US-amerikanische Botschafterin in Guatemala, Prudence Bushnell, leugnete, im Namen ihrer Regierung irgendwelche Bedingungen gestellt zu haben, erklärte Portillo vor wenigen Tagen, Frau Bushnell habe ihn tatsächlich etwas unter Druck gesetzt. Dies sei jedoch mündlich geschehen und nicht in schriftlicher Form. Ausserdem sei ein Treffen zwischen ihm und Clinton nie an die Erfüllung dieser Bedingungen geknüpft geworden.

Das Treffen hätte in Washington

stattfinden und drei Hauptthemen umfassen sollen: Wirtschaftsreformen und Handel, Rechtsstaat und Korruption/Drogenhandel sowie Menschenrechte und zivile Kontrolle des Militärs. Ein genaues Datum für dieses Treffen gibt es noch nicht, möglicherweise wird sich Portillo gar nicht mehr mit Clinton, sondern mit seinem Nachfolger treffen.

Vergleicht man die seit Mai getroffenen Massnahmen der guatemalteckischen Regierung mit den im Dokument formulierten Bedingungen, stellt man fest, dass viele der US-amerikanischen 'Ratschläge' befolgt wurden. Dazu gehören z.B. die Absetzung des Chefs des *Präsidentialen Generalstabs* (EMP), Jacobo Salán Sánchez, und die Schaffung eines Patentgesetzes, das den transnationalen Multis mehr oder weniger freie Hand lässt. Dazu gehört auch der Einlass US-amerikanischer Truppen nach Guatemala unter dem Vorwand, den Drogenhandel zu bekämpfen. Auch gehört

Guatemala zu den 21 Ländern, die in der Kommission für Menschenrechte der Vereinten Nationen (UNO) gegen Kuba gestimmt hat, worauf dieses Land zum achten Mal wegen Menschenrechtsverletzungen verurteilt wurde. Der jüngste Beweis guatemalteckischen Einlenkens sind die Verhandlungen mit Belize über die Beilegung des Grenzstreites, die letzte Woche in den USA begonnen haben.

Weitere, von den Vereinigten Staaten gestellte Bedingungen, die jedoch bisher nicht eingehalten wurden, sind: Die Umsetzung der Empfehlungen der *Wahrheitskommission* (CEH), die Aufklärung des Mordes am US-amerikanischen Journalisten Nicolas Blake und anderer Fälle von Menschenrechtsverletzungen sowie verschiedene Massnahmen zur Förderung des Tourismus.

Von verschiedenen Menschenrechtsorganisationen wird begrüsst, dass die USA die guatemalteckische Regierung unter Druck stellt.

Schweizer ParlamentarierInnen kritisieren Ríos Montt

Guatemala, 12. November. Eine Delegation Schweizer ParlamentarierInnen, die sich Anfang November in Guatemala aufhielt, forderte die sofortige Aufklärung der vom guatemalteckischen Kongresspräsident Ríos Montt begangenen oder angeordneten Menschenrechtsverletzungen. Ein persönliches Treffen mit Ríos Montt war aus Termingründen nicht möglich.

Die achtköpfige Gruppe hat sich im Verlauf ihres Aufenthaltes mit verschiedenen Menschenrechts- und Indígenaorganisationen getroffen. "Wir haben viele Anschuldigungen gegen Ríos

Montt gehört. Ob diese stimmen oder nicht, können wir nicht entscheiden. Aber ein Land, das einen Krieg hinter sich hat, muss alles daran setzen, die Wahrheit ans Licht zu bringen, sonst wird sich niemals eine solide Demokratie entwickeln können", erklärte Dick Marty, Mitglied der Delegation, an einer Pressekonferenz.

Nach einem dreistündigen Gespräch mit Präsident Portillo zweifelten die Schweizer ParlamentarierInnen nach wie vor daran, ob der guatemalteckische Präsident wirklich die Kontrolle über die Macht hat. Zu viele Probleme seien un-

gelöst und der Präsident habe keine konkreten Vorschläge z.B. für die Landverteilung, die Lohnproblematik, die Schwäche der Verfassung, etc., erklärte Marty.

Auch die Grüne Nationalrätin Cécile Bühlmann bezeichnete es als die grösste Schwäche des guatemalteckischen Staates, dass er die Einhaltung der Menschenrechte nicht garantieren könne. Die Verzögerung bei der Aufklärung des Mordes an Bischof Gerardi sowie die Anwendung von Lynchjustiz seien klare Beweise dafür, dass auch das Justizsystem nicht funktioniere, ergänzte Bühlmann.

GAM spricht sich gegen Lynchjustiz aus

Guatemala, 11. November. Nach dem Lynchmord an zwei Männern in Cubulco, Baja Verapaz, veröffentlichte die *Gruppe gegenseitiger Hilfe* (GAM) folgende Erklärung:

"Am 10. November morgens um 6.20 Uhr wurden zwei Männer von einer Menschenmenge von rund 1000 Personen brutal ermordet. Ob die Männer unschuldig oder schuldig waren, interessiert uns an dieser Stelle wenig. Was uns aber sehr beschäftigt, ist die Tatsache, dass das Volk die Justiz immer häufiger in die eigenen Hände nimmt. Dies bedeutet, dass offensichtlich kein Vertrauen in die Autoritäten des Staates, speziell in die Polizei und die Gerichte, vorhanden ist.

Der Lynchmord von Cuculco ist nur einer mehr auf der langen Liste von Lynchmorden, die in den verschiedenen Regionen begangen wurden. Bis jetzt wurden keine Schritte unternommen, solche Taten zu verhindern.

Im Verlaufe dieses Jahres wurden 24 Lynchmorde begangen, die meisten davon in Gebieten, die schon während des Krieges unter Menschenrechtsverletzungen und brutaler Gewalt gelitten haben.

Das Erstaunliche ist, dass die Fälle von Lynchjustiz zunehmen, wenn auf politischer Ebene ein Skandal bekannt wird. Deshalb gehen wir davon aus, dass viele dieser Fälle provoziert wurden, um die Aufmerksamkeit der Medien und der Öffentlichkeit von den politischen Skandalen abzulenken.

Ein Nebeneffekt der Lynchjustiz ist, dass ausländische Investitionen und der Tourismus zurückgehen. Das Beispiel der japanischen TouristInnen, die in Todos Santos ermordet wurden (siehe Fijáte Nr. 210), zeigt, dass solche Akte oft willkürlich ausgeführt werden.

Die GAM ist davon überzeugt, dass die Lynchmorde ein Resultat des Militarismus sind, der während mehr als vier

Jahrzehnten unser Land bestimmt hat. Es zerstörte den Rechtsstaat, das soziale Gefüge und das Demokratieverständnis der Bevölkerung. Militarismus findet nicht nur in den Kasernen statt, fast alle GuatemaltekenInnen haben unter ihm gelitten und wurden von ihm geprägt. Dies und das mangelnde Vertrauen in die Justiz bringen eine gewalttätige und intolerante Gesellschaft hervor.

Diejenigen, die heute den Staat regieren, müssen Mechanismen entwickeln, um das soziale Gefüge wiederherzustellen. Die Polizei ihrerseits muss diejenigen zur Rechenschaft ziehen, die das Volk zu solchen Handlungen angestiftet haben, und nicht die BäuerInnen, die aus Verzweiflung über ihre Lebenssituation leicht dazu manipuliert werden können.

Die Verantwortlichen für die Lynchmorde müssen zur Rechenschaft gezogen werden, egal ob sie aus Militärkreisen, aus der Wirtschaft oder der Politik kommen!"

Auflösung des SEDESOL

Guatemala, 18. November. Mit einem Regierungsdekret ordnete Präsident Portillo die Schliessung des *Sekretariats für soziale Entwicklung* (SEDESOL) an. Eine der Hauptaktivitäten des erst mit der Amtseinstellung Portillos gegründeten SEDESOL war die Betreuung staatlich subventionierter Lebensmittelläden, ein Projekt, das bereits im Oktober aufgegeben wurde. Weiter investierte SEDESOL in die Renovation des Spitals San Juan de Dios in der Hauptstadt und lancierte das Programm 'Schnüren Sie sich die Stiefel', das hunderte von Stiefelpaaren an bedürftige

Campesinos verteilte.

Vizepräsident Juan Francisco Reyes López begründete die Auflösung des Fonds damit, dass "einige Projekte funktionierten und andere nicht". Diejenigen, die weitergeführt werden, könnten ohne Probleme auch von anderen Sozialfonds übernommen werden, erklärte er.

Obwohl viele AnalytikerInnen und PolitikerInnen die Schliessung des Fonds begrüßten, da er "der Korruption die Tür geöffnet habe", wird die Art, wie es zur Schliessung kam, kritisiert:

Im Kongress läuft zur Zeit die Debatte über das Staatsbudget 2001, das

bis zum 30. November verabschiedet werden muss. Und während der Leiter des SEDESOL, Mario Estrada, zusammen mit anderen Sozialfonds-Verantwortlichen vor dem Kongress für eine Erhöhung ihres Budgets plädierte, wurde die Schliessung von SEDESOL auf höchster Ebene, das heisst, zwischen Präsident Portillo und Kongresspräsident Ríos Montt, beschlossen. Für Mario Estrada und die rund 340 Angestellten von SEDESOL kam die Entlassung überraschend. Er akzeptiere die Entscheidung der Regierung, meinte Estrada, wollte sich aber nicht weiter dazu äussern.

Ein weiteres historisches Datum...

Guatemala, 13. November. Vor genau vierzig Jahren begann, was von HistorikerInnen und PolitikerInnen als der Beginn des bewaffneten Konfliktes in Guatemala bezeichnet wird und der mit der Friedensunterzeichnung am 29. Dezember 1996 zu Ende ging.

Anfangs der 60er-Jahre gab es innerhalb des Militärs gegensätzliche Strömungen. Einige Offiziere waren in Korruptionsfälle verwickelt; gleichzeitig registrierten viele Soldaten auf dem Land das Training der kubanischen Anti-Castro-Milizen auf der Finca *Helvetia* mit Widerwillen. Die allgemeine Unpopularität der Regierung manifestierte sich durch zunehmende Demonstrationen

und Strassenunruhen.

Der Aufstand vom 13. November 1960 fand in den verschiedenen Militärkasernen statt, was die anfängliche Koordinierung erschwerte. Die Verbindung der Aufständischen Offiziere geschah durch die Unterzeichnung einer Petition zur Absetzung des Verteidigungsministers. Das sog. *Manifest vom 13. November* sprach von "Chaos sowohl auf politischer als auch auf wirtschaftlicher Ebene" und unterstrich, "dass nur die Armee effektiv mit der Bevölkerung zusammenarbeiten kann, um die Reaktiönäre und ihre Verbündeten, die Militärs an der Macht, die sich auf Kosten der Bevölkerung bereichern, fortzujagen."

Weiter rief es auf "zur Einsetzung einer Regierung der sozialen Gerechtigkeit, in der der Reichtum denen gehört, die ihn erarbeiten, und nicht den Ausbeutern, denen, die das Volk aushungern, oder den imperialistischen Gringos."

Der Aufstand scheiterte zunächst, doch zwei der anführenden Offiziere, Yon Sosa und Luis Turcios Lima, gründeten 1962 eine Guerillabewegung, die der Beginn der drei Organisationen war, die sich später, zusammen mit der Arbeiterpartei Guatemalas (PGT) zur URNG zusammenschlossen: Die *Guerillaarmee der Armen* (EGP), die *Organisation des Volkes in Waffen* (ORPA) und die *Aufständischen Streitkräfte* (FAR).